

Gewerkschaftstag des DJV-NRW

Resolution zum WDR

Der DJV-NRW fordert den WDR auf, Fälle sexueller Belästigung und strukturellen Machtmissbrauchs im Unternehmen schonungslos aufzuklären, Handelnde für ihre Taten und Verantwortliche für mögliche Vertuschung zur Verantwortung zu ziehen sowie Maßnahmen zur Prävention solcher Übergriffe zu ergreifen. Wir fordern, dass der Sender seine Unternehmenskultur selbstkritisch prüft. Wir fordern den WDR außerdem zu mehr Transparenz im Unternehmen auf, zur Einhaltung heute gängiger Umgangsformen sowie zu einer modernen Unternehmensführung mit Governance-Regelungen.

Die Verantwortlichen in Geschäftsleitung und Gremien müssen Strukturen schaffen, die eine konsequente Aufklärung, Ahndung und Verhinderung solcher Vorfälle ermöglichen. Bestehende Anlaufstellen wie Gleichstellungsbeauftragte oder Interventionsausschuss müssen gestärkt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Personalrat intensiviert werden. Vorgesetzte müssen in der täglichen Zusammenarbeit herabwürdigendes Verhalten und sexuelle Belästigung erkennen und strikt unterbinden. In diesem Zusammenhang muss auch die streng hierarchisch geprägte Struktur des WDR, mit vielen Abhängigkeiten für Zeitverträger, freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter geprüft werden, denn sie begünstigt sexuelle Übergriffe und Machtmissbrauch.

Mündige, selbstbewusste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für ein öffentlich-rechtliches Medienunternehmen unverzichtbar. Der WDR muss seine Führungskräfte auf allen Ebenen sensibilisieren und qualifizieren, eine vertrauensvolle Unternehmenskultur zu pflegen. Das Signal, dass mutmaßliche Täter mehr oder weniger ungeschoren davonkommen, Kollegen aber, die Zivilcourage zeigen und sich für Aufklärung einsetzen, zum Schweigen gebracht werden, ist fatal - auch und besonders für die Betroffenen. Das alles ist der WDR seiner Belegschaft im Rahmen der Fürsorgepflicht schuldig.

Der DJV-NRW fordert den Intendanten auf, anstehende Personalentscheidungen auszusetzen, bis sämtliche Vorwürfe geklärt sind. Darüber hinaus muss der WDR als Betroffener so kommunizieren, wie er es als Berichterstatter von Unternehmen, Verbänden, Parteien u.a. erwartet. Zögerliche Krisenkommunikation und -management dürfen nicht die publizistische Glaubwürdigkeit des Hauses aufs Spiel setzen.

Fast täglich sind Kolleginnen und Kollegen mit unappetitlichen Details konfrontiert. Dabei erschrecken vor allem der unprofessionelle Umgang mit diesen Fällen und der Eindruck einer Kultur des Nicht-Hinsehens. Dies ist absolut nicht hinnehmbar, eine öffentlich-rechtliche Anstalt hat eine besondere gesellschaftliche Verantwortung. Dieser muss der WDR im Interesse der Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sowie der Glaubwürdigkeit des Systems öffentlich-rechtlicher Rundfunk so schnell wie möglich gerecht werden.